

Das Wochenmagazin der SPÖ [www.spoe.at](http://www.spoe.at)



# Aktuell

4. Dezember 2009 • Nr. 41 • 0,90 €

Analyse des ersten Regierungsjahres  
von Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky

ÖSTERREICH  GEMEINSAM



**Die Rede**  
**Die Erfolgsbilanz**  
**Das Zukunftsprogramm**

# Ein Jahr Faymann

## INTERN

„ÖSTERREICH GEMEINSAM“ lautete der Titel der programmatischen Rede von Bundeskanzler Werner Faymann, mit der er sowohl das erste Arbeitsjahr seiner Regierung resümierte als auch in die Zukunft wies. Mit dem „Fünf-Punkte-Programm für Österreich“ zu den Themenschwerpunkten Beschäftigung, Bildung, Umwelt und Forschung, Gesundheit und Pflege sowie Effizienz und Kostenbewusstsein hat Faymann den Weg vorgezeichnet, den Österreich in den nächsten Jahren gehen soll und gehen wird. Wie ein roter Faden zieht sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowohl durch die umgesetzten als auch die geplanten Maßnahmen. Die Tatsache, dass Österreich in Sachen Arbeitslosigkeit EU-weit an zweitbesten Stelle liegt, verdeutlicht, dass die Richtung bisher gestimmt hat. Und der Fakt, dass ein weiteres Arbeitsmarktpaket in Planung ist, zeigt, dass die Priorität der Sozialdemokratie weiterhin bei der Qualifikation, der Bildung und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen liegt.

Bundeschkanzler a.D. Franz Vranitzky konnten wir in dieser Ausgabe, die sich fast ausschließlich mit dem ersten Jahr der Regierung Faymann befasst, für eine fundierte Analyse gewinnen.

Eure Redaktion

## Highlights der Woche

|                                                         |    |
|---------------------------------------------------------|----|
| „ÖSTERREICH GEMEINSAM“ .....                            | 4  |
| Bilanz 1 Jahr Regierung Faymann .....                   | 6  |
| Interviews mit den SPÖ-Regierungsmitgliedern .....      | 8  |
| Kommentar von Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky ..... | 12 |
| U-Ausschuss .....                                       | 14 |
| Publikumsrats-Wahl .....                                | 15 |

## Vranitzky-Kolloquium: Zukunft gestalten – In Zeiten gestiegener Staatsverschuldung

SPÖ/Stohanzl

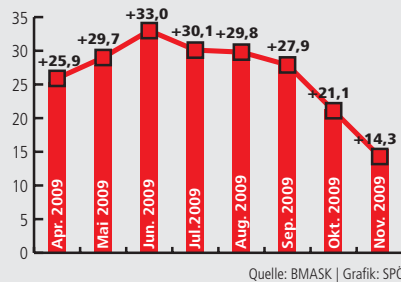


„Für die Zeit nach der Krise braucht es eine europäisch koordinierte Exit-Strategie zur Konsolidierung des Budgets“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder.“

Die Staatsverschuldung ist eines der Kernprobleme der heutigen Gesellschaft“, betonte Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky bei der Podiumsdiskussion

sion unter dem Titel „Zukunft gestalten – In Zeiten gestiegener Staatsverschuldung“, mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder sowie Vertretern von Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und der „Wiener Zeitung“. Schieder stellte klar, dass Budget-Konsolidierungsmaßnahmen erst umgesetzt werden könnten, wenn die Krise tatsächlich zu Ende sei: „Stabile Börsenkurse bedeuten nicht gleich, dass die Krise zu Ende ist“, so Schieder. „Erst wenn die Arbeitslosigkeit nicht steigt, sondern sinkt, sind Budget-Konsolidierungsmaßnahmen sinnvoll.“

### Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Vergleichsmonat des Vorjahres in %



Quelle: BMASK | Grafik: SPÖ

### Anstieg der Arbeitslosigkeit gedämpft

Die aktuellen Arbeitsmarktdaten zeigen: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde gedämpft, die Ausbildungsgarantie wirkt. Der im November 2009 verzeichnete Anstieg der Arbeitslosigkeit war mit 14,3 Prozent nur noch halb so hoch wie im Juni dieses Jahres mit 33,0 Prozent. Mit dem Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpaket 2010 wird die Arbeitslosigkeit jetzt weiter bekämpft.



Pertramer

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

### Frauenallianz gegen Gewalt

Unter dem Motto „NEIN zu Gewalt an Frauen – parlamentarische Frauenallianz als starkes Signal gegen Gewalt“ organisierten sich die Frauensprecherinnen aller Parlamentsparteien und hielten gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eine Pressekonferenz zum Thema ab. Es gelte, im Kampf gegen Gewalt an Frauen – die sehr oft auch Kinder betreffe – eine klare Grenze zu ziehen, so Prammer. Österreich sei bei diesem Thema führend, wie sie bei internationalen Kontakten immer wieder feststellen könne. Auch sei es gelungen, ein früher vielfach tabuisiertes Thema zu enttabuisieren, so Prammer.

### Zitat der Woche

„Wer sich am Gemeinsamen vergreift, findet in mir einen unerbittlichen Gegner.“

Bundeschkanzler Werner Faymann



Zimmer, Spiola

SPÖ-Umweltsprecherin Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Matznetter über die Förderung der thermischen Sanierung: „Der Staat nimmt mehr ein, als er investiert!“

### Thermische Sanierung: Win-win-Situation für Umwelt und Wirtschaft

SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr und SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter präsentierten ein neues Modell zur Förderung der thermischen Sanierung. Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie Wohnungen sollen mittels zinsfreier Kredite umfassend thermisch saniert werden können. „Die Förderung der thermischen Sanierung schafft eine Win-win-Situation für Umwelt und Wirtschaft. CO2-Reduktion, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie eine Verbesserung der Wohnqualität sind nur einige der positiven Effekte“, so Bayr.



STANDPUNKT

# Fünf Punkte für die Zukunft Österreichs

Zurück zu einer politischen Gesellschaft!

**D**ie SPÖ hat die Zeichen der Zeit früh erkannt. Bereits im Februar 2008 haben wir als erste Partei ein Vorziehen der Steuerentlastung für das Jahr 2009 gefordert. Die politischen Mitbewerber flüchteten sich mangels eigener Konzepte in den Vorwurf, die SPÖ betreibe Populismus. Ein Jahr später sind nun andere Töne angesagt. Selbst die vehementesten VertreterInnen des Neoliberalismus – die bisher den Staat auf ein Minimum reduzieren wollten – rufen nun laut nach der Hilfe eben dieses Staates.

Schon im Vorfeld wurde viel über die Rede von Bundeskanzler Werner Faymann zum Jahrestag der Regierungsangelobung diskutiert. Wie wird der Kanzler es anlegen? Heute, am 2. Dezember, hat Werner Faymann klargemacht: Die Sozialdemokratie hat einen konkreten Plan für die Zukunft unseres Landes. Wohin wir gehen, entscheidet sich im Hier und Jetzt. Mit dem heute präsentierten „Fünf-Punkte-Programm für Österreich“ liefert der Bundeskanzler die Grundlage dafür, dass Österreich seine Zukunftschancen nutzt.

Das „Fünf-Punkte-Programm für Österreich“ beinhaltet konkrete Zielvorgaben und zweckgebundene Maßnahmen zu Arbeitsmarkt, Bildung, Innovation, Zusammenleben und Konsolidierung der Staatsfinanzen. Der Bundeskanzler hat klargemacht, wo wir investieren und wie wir diese Investitionen finanzieren wollen. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei das Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspaket für das Jahr 2010. Denn eines ist für uns Sozialdemokratinnen und So-

zialdemokraten klar: Für uns ist die Krise erst dann vorbei, wenn sich der Arbeitsmarkt erholt hat und die Menschen sich nicht voller Angst fragen müssen, ob sie in Zukunft noch einen Job haben. Das Aufstocken der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2010 ist daher von besonderer Bedeutung, um den Menschen Sicherheit und Verlässlichkeit bieten zu können.

teln dieses Fonds schaffen wir künftig bis zu 50.000 Arbeitsplätze in den Bereichen Pflege, Kinderbetreuung und Schule.

Mutig auch das klare Bekenntnis des Bundeskanzlers zu einer strikten Regelung von Managergehältern. Supergagen auf Kosten der Allgemeinheit sind nicht mehr hinnehmbar. Der Schritt, hier eine Regelung wie im konservativ regierten Deutschland gesetzlich zu verankern, ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Verhältnismäßigkeit und Gerechtigkeit.

Ohne vorausschauende Budgetpolitik sind die großen Zukunftsprojekte allerdings nicht finanzierbar. Deshalb ist auch die nachhaltige Budgetkonsolidierung im Sinne der Verantwortung für zukünftige Generationen durch den Arbeitsauftrag zur Reformkontrolle an die Reformstaatssekretäre ein weiterer wesentlicher Punkt des Programms, um mehr Effektivität in die Staatsverwaltung zu bringen.

Parteivorsitzender Werner Faymann ist heute auf die Bühne gegangen und hat in einer einstündigen fre gehaltenen Rede unsere sozialdemokratischen Kernthemen – Spekulationssteuer, Beschränkung von Managergehältern, zukunftssichere Sozialpolitik, Arbeitsmarktoffensive – bekräftigt. Die große Frage ist nun, was wir daraus machen. Wir, als große Familie der Sozialdemokratie, müssen in der Lage sein, diese Zukunftsthemen weiterzu ziehen. Wenn schon nicht der Koalitionspartner bei allen Punkten mit uns gehen wird, muss es die Mehrheit der Bevölkerung tun. Dann wird es auch gelingen, diese Ziele umzusetzen. ♦



Erfolgsbilanz und klarer Blick nach vorn – Bundeskanzler Werner Faymann hält seine Rede „ÖSTERREICH GEMEINSAM“.

Und diese Sicherheit und Verlässlichkeit hat der Bundeskanzler in seiner Rede eindringlich unter Beweis gestellt.

Um die Zukunft Österreichs erfolgreich zu gestalten, ist es aber auch nötig, die Grundlage für die beste Bildung für alle zu schaffen. Wir können und dürfen es uns nicht leisten, dass die soziale Herkunft immer noch die Bildungschancen der Kinder bestimmt. Das Ziel, bis 2018 200.000 Plätze in Ganztagschulen zu schaffen, ist daher ein dringender Auftrag, um unser Bildungssystem fit für die Zukunft zu machen.

Der Generationsfonds kann als gelebte Solidarität bezeichnet werden. Mit den Mit-

Zimmer



**„Die wahre Stärke eines Landes misst sich daran, wie gut es den Schwachen geht.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**



Fotos: Zimmer (5), Holzner (1)

**ÖSTERREICH GEMEINSAM**

# „Weniger gestritten,

Ein Jahr Regierung Faymann bedeutet auch ein Jahr erfolgreiche Arbeit für Österreich. Bundeskanzler Werner Faymann präsentierte in seiner großen Rede „ÖSTERREICH GEMEINSAM“ eine Erfolgsbilanz – und er stellte das „Fünf-Punkte-Programm“ für Österreich vor.

**D**ie Zahlen sind ebenso beeindruckend wie es die Rede des Bundeskanzlers war: Mehr als 1.600 Gäste waren in die Wiener Hofburg gekommen, um die rund einstündige Rede Faymanns zu hören. Und im Internet waren es sogar 12.500 Menschen, die per Live-Stream die programmatische Rede verfolgten. Unter den prominenten Gästen in der Hofburg befanden sich fast das gesamte Regierungsteam und auch die Landeshauptmänner Franz Voves, Hans Niessl

und Michael Häupl. Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer waren genauso dabei wie hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, Kunst und Kultur.

## **Gemeinsam viel für Österreich erreicht**

„Wir haben gemeinsam für und gemeinsam mit Österreich viel erreicht“, so Faymanns

Bilanz über ein Jahr an der Spitze der Regierung. Die bewährten Grundsätze „Weniger streiten, mehr erreichen“ und „Weniger versprechen, mehr halten“ müssten weiterhin gelten. Der Bundeskanzler bekräftigte, dass er für ein Land stehe, in dem Respekt, Solidarität und das Gemeinsame zählen und nicht die Gier oder das Trennende. Klargestellt wurde von Faymann weiters, dass die politische und wirtschaftliche Europäische Union auch eine soziale werden müsse.



Das Gemeinsame muss über dem Trennenden stehen, so eine Kernbotschaft aus der Rede des Bundeskanzlers.

**„Ich bin stolz darauf, in einem Land leben zu dürfen, das in Europa hohe Anerkennung genießt. Das müssen wir uns durch gemeinsame Arbeit erhalten.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**



Mehr als 1.600 Gäste verfolgten die programmatische Rede von Bundeskanzler Werner Faymann.



# mehr erreicht“

## Fünf-Punkte-Programm für Österreich

In seiner mit viel Applaus gewürdigten Rede stellte Faymann das „Fünf-Punkte-Programm für Österreich“ vor. Enthalten sind darin konkrete Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Umwelt und Forschung, Pflege und Gesundheit sowie Konsolidierung der Staatsfinanzen.

**1.** Zur weiteren Stabilisierung des Arbeitsmarktes kündigte Faymann ein mit 69 Millionen Euro dotiertes „Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspaket 2010“ an. Davon profitieren rund 100.000 Menschen. In diesem Paket sind u.a. Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung von Arbeitslosen sowie ein

Kombinationsmodell für Kurzarbeit und Weiterbildung vorgesehen. Faymann bekräftigte dazu: „Die Krise ist erst vorbei, wenn die Beschäftigung wieder steigt.“

- 2.** Im Bildungsbereich plädierte Faymann für eine Verdoppelung des Angebots der Neuen Mittelschule sowie für den massiven Ausbau der Ganztageschulplätze. Ziel: Bis 2018 sollen 200.000 vollwertige Plätze in modernen Bildungseinrichtungen entstehen.
- 3.** Zur besseren Forschungsförderung schlug Faymann vor, das System der steuerlichen indirekten Förderung durch eine 12-Prozent-Prämie für Forschungsausgaben zu ersetzen.
- 4.** Im Bereich Pflege und Gesundheit sol-

le, so Faymann, nach dem Motto „Weniger Egoismus, mehr Solidarität“ ein Generationenfonds geschaffen werden. Hier könnten mit Investitionen von zwei Milliarden Euro bis zu 50.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

- 5.** Zur Konsolidierung der Staatsfinanzen betonte Faymann, dass die Verwaltungsreform zügig umgesetzt werden muss. 3,5 Milliarden Euro an Einsparungen seien nach dem Motto „Sparen, aber richtig“ möglich. Außerdem seien die Managergehälter nach deutschem Vorbild neu zu regeln. „Supergagen darf die Allgemeinheit nicht mehr mitzahlen“, daher seien Spitzengehälter über 500.000 Euro pro Jahr aus dem versteuerten Gewinn zu bezahlen. ♦

## RESÜMEE

# Die Erfolgsbilanz der

„Weniger gestritten, mehr erreicht“ – Die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat mit raschen und richtigen Maßnahmen den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise entgegengehalten und den Zusammenbruch der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit verhindert.



Zinner

Der Kampf gegen die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise steht im Mittelpunkt der Arbeit der SPÖ-geführten Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann.

**„Wir haben die zweitgeringste Arbeitslosigkeit und die zweitgeringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa – das ist das beste Zeugnis, das uns nach einem Jahr ausgestellt werden kann.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

**D**ank zweier Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete, die zu den größten in Europa zählen, verfügt Österreich über die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das Vorziehen der Steuerreform brachte spürbare Entlastungen für die Familien und den Mittelstand und half, die Kaufkraft zu stärken. Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld wurde eine langjährige Forderung der SPÖ umgesetzt, durch die Beruf und Familie künftig besser vereinbar werden. Durch den Ausbau der ge-

meinsamen Schule für alle 10- bis 14-Jährigen und dem Ausbau der ganztägigen Schulangebote sollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder in Österreich geschaffen werden.

## **Zwei Konjunkturpakete, zwei Arbeitsmarktpakete**

- » 2 Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete und weitere Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Fast 100.000 Arbeitsplätze gerettet oder neu geschaffen;
- » 2 Arbeitsmarktpakete: Insgesamt profitieren 325.000 Menschen;
- » 2 Konjunkturpakete: Zählen mit jeweils 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu den größten in Europa;
- » Rekordbudget für aktive Arbeitsmarktpolitik: Heuer 1,411 Mrd. für aktive Arbeitsmarktpolitik – 44 Prozent mehr als im Vorjahr;
- » Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz: Unterstützt 500 Unternehmen mit

250.000 Beschäftigten, um Arbeitsplätze zu erhalten.

## **Vorziehen der Steuerentlastung – Familien und Mittelstand profitieren**

- » Steuerentlastung im Ausmaß von 3,2 Mrd. Euro;
- » Einkommen zwischen 1.000-4.000 Euro werden im Schnitt zwischen 400-700 Euro entlastet, 88 Prozent der Reform kommen Menschen mit Einkommen unter 4.000 zugute;
- » 160.000 Menschen zusätzlich zahlen keine Einkommenssteuer;
- » Deutliche Entlastung für Familien mit Kindern (z.B. Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten).

## **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

- » Schafft bundesweit einheitliches Mindestniveau zur Armutsbekämpfung.

# Regierung Faymann

Auszahlung: 12 Mal pro Jahr. Insgesamt profitieren 270.000 Menschen in Österreich.

## Infrastrukturprogramm – Jobs werden gesichert

- » Bis 2014 werden 22,5 Mrd. in den Ausbau der Infrastruktur gesteckt: Die höchste Investitionen der Zweiten Republik;
- » ÖBB wird durch Strukturreform effizienter;
- » Mehr Geld für Forschung: Trotz der schwierigen Zeiten keine Kürzung; Aufwendungen des Bundes sind um 9 Prozent von 2,34 Mrd. 2008 auf 2,55 Mrd. 2009 gestiegen, Ausgaben liegen bei 2,73 Prozent des BIP; Ziel: bis auf drei Prozent zulegen und bis 2020 vier Prozent erreichen.

## Bildungsreform wird fortgesetzt – Ausbau der Neuen Mittelschule und Ganztagesbetreuung

- » Im laufenden Schuljahr besuchen rund 20.000 Schüler in ca. 800 Klassen an 244 Standorten bundesweit das neue Schulmodell. Weitere Meilensteine: Kleinere Klassen und mehr Kleingruppenunterricht, Berufsmatura, mehr Sprachförderung und Deutschkurse, Bildungsstandards, Matura NEU.

## Abschaffung der Studiengebühren

- » Studiengebühren noch vor der Wahl abgeschafft;
- » Wiedereinführung verhindert.

## Postmarktgesetz

- » Versorgungssicherheit für Bevölkerung und regionale Wirtschaft;
- » 1.650 Postgeschäftsstellen garantiert, kein Postamt darf ohne Ersatz geschlossen werden.

## Frauen, Kinder, Familie und Beruf

- » Gratis-Kindergarten für alle 5-Jährigen;
- » Einkommensabhängiges Kindergeld: Alleinerziehende profitieren besonders;
- » Mehr Kinderbetreuungsplätze;
- » 13. Familienbeihilfe;
- » Gewaltschutz verbessert: Mehr Geld für Gewaltschutzzentren;
- » Frauenförderung in den Stellenplänen des Bundes verankert;
- » Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare;
- » Kinderrechte kommen in die Verfassung;
- » Gender Budgeting in der Verfassung.

## Pensionen gesichert

- » Pensionen gesichert: Kein Automatismus, Erhöhung 2009 über der Inflation;
- » Hacklerregelung bis 2013 verlängert

## Der Bevölkerung Sicherheit geben

- » Humanitäres Aufenthaltsrecht;
- » Verlängerung des Assistenzeneinsatzes im Burgenland;
- » Verbesserung der Situation für die Grundwehrdiener;
- » Einführung eines Asylgerichtshofes, Asyl- und Fremdenrechtsnovelle.

## Start zu einer umfassenden Kassenanierung

- » Bereits 2008 beschlossen: Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente;
- » Im Regierungsübereinkommen mit der ÖVP: Entschuldung und Sanierung der Krankenkassen gemeinsam mit Strukturveränderungen festgehalten;
- » Keine neuen Selbstbehalte, keine Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen. ♦

## PRESSESTIMMEN

### Positives Medienecho



#### Auf die Krise sehr gut reagiert

„Dass und wie diese Krise in Österreich bisher gut bis sehr gut abgefangen wurde, ist jetzt der eindeutig größte Aktivposten der Koalition. Daneben gibt es einige Fortschritte in Familien-, Gesundheits- und Bildungspolitik und beim gesellschaftspolitischen Dauerbrenner Homo-Partnerschaft.“

Peter Rabl am 29. 11.



#### Ein-Jahres-Bilanz kann sich sehen lassen

„Die Ein-Jahres-Bilanz der Regierung Faymann-Pröll kann sich im Grunde genommen sehen lassen. Nach dem Stillstand unter Gusenbauer und Molterer ist einiges passiert: Konjunkturpakete, Verschrottungsprämie, Steuerreform, Doppelbudget, Zentralmatura, kürzere Asylverfahren, neue Polizisten, ein-

kommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld und vieles mehr.“

Manfred Perterer am 28. 11.



#### Gutes Krisenmanagement – weniger Streit

„Fest steht: Diese Regierung hat die Krise deutlich besser bewältigt als erwartet – und deutlich weniger gestritten als befürchtet.“

Wolfgang Fellner am 29. 11.

## SOZIALES UND ARBEIT

# „Die Erfolgsformel: Aktive Arbeitsmarktpolitik!“

Rudolf Hundstorfer zieht Bilanz über das erste Jahr der Regierung Faymann und spricht über geplante Maßnahmen.

*SPÖ Aktuell: Österreich verfügt über die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Europa, der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte gedämpft werden. Warum konnte Österreich die Auswirkungen der Krise deutlich geringer halten als andere EU-Mitgliedsstaaten?*

**Rudolf Hundstorfer:** Unsere beiden Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete zählen zu den größten in Europa – damit konnten ca. 100.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Die österreichische Erfolgsformel lautet klar: Aktive Arbeitsmarktpolitik! Heuer steht ein Rekordbudget von 1,411 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung und dieses trägt Früchte: Seit Jänner konnten 526.000 Menschen durch das AMS wieder in neue Jobs vermittelt werden. Nun die Hände ruhig in den Schoß zu legen, wäre aber der falsche Weg. Deshalb planen wir für das Jahr 2010 ein Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspaket.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

*Stichwort Jugend. Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit?*

**Hundstorfer:** Jugendliche sind unsere Zukunft und liegen der Bundesregierung

daher besonders am Herzen. Von der „Aktion Zukunft Jugend“ haben bisher schon 205.000 junge Menschen profitiert. Damit wirklich jeder Jugendliche eine Ausbildung erhält, haben wir das Kontingent der überbetrieblichen Lehrplätze im Rahmen der Ausbildungsgarantie deutlich aufgestockt.

*Das Jahr 2009 neigt sich dem Ende zu, der richtige Zeitpunkt, um einen Blick in die Zukunft zu werfen. Welche Maßnahmen sind für 2010 geplant?*

**Hundstorfer:** Der größte sozialpolitische Meilenstein wird die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung sein. Damit schaffen wir ein bundesweit einheitliches Niveau zur Armutsbekämpfung. Im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspakets 2010 setzen wir den Schwerpunkt bei Aus- und Weiterbildung, denn Qualifizierung ist immer noch der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit. ♦

## BILDUNG UND KULTUR

# „Sind auf der Überholspur“

Bildungs- und Kulturministerin Claudia Schmied im SPÖ Aktuell-Interview über den Boom der Neuen Mittelschule und kulturpolitische Meilensteine.

*SPÖ Aktuell: Frau Ministerin Schmied, Sie haben bei der Bildungsreform nach Jahren des Reformstaus für Bewegung gesorgt. Welche Maßnahmen sind Ihnen besonders wichtig?*

**Claudia Schmied:** Wir haben mit einer Reihe von Maßnahmen – z.B. Ausbau des Projekts „Kleinere Klassen“ oder verstärkte Sprachförderung – dafür gesorgt, dass unsere Schulen auf der Überholspur sind. Besonders wichtig ist mir aber der Erfolg der Neuen Mittelschule: Die Nachfrage der Eltern ist größer als das Angebot und auch die ÖVP-regierten Bundesländer drängen in die Neue Mittelschule. Jetzt liegt es an der ÖVP, ob wir dieses Erfolgsmodell ausweiten können.

*Sie wollen die Bildungsoffensive konsequent fortführen. Was sind die nächsten großen Herausforderungen?*

**Schmied:** Mein Ziel ist es, an einem leistungsstarken, wettbewerbsfähigen,



Bildungsministerin Claudia Schmied

öffentlichen Schulsystem zu arbeiten. Dazu gehört auch der Ausbau der ganztägigen Schulangebote. Derzeit lasse ich in einer großen Elternbefragung erheben, wie viele Betreuungsplätze die rund

700.000 Pflichtschüler benötigen. Auf dieser Datenbasis gilt es sicherzustellen, dass das öffentliche Bildungssystem ein Angebot in Topqualität bereitstellt – für alle, die das wünschen. Auf der Tagesordnung stehen auch das neue Lehrerdienstrecht und die gemeinsame Lehrer-Ausbildung.

*SPÖ Aktuell: Wo sehen Sie die größten Erfolge im Kulturreport?*

**Schmied:** 2009 und 2010 gibt es mehr Budget für Kultur – das unterstreicht in Zeiten der Finanzkrise das klare Bekenntnis der Regierung Faymann zu Kunst und Kultur. Der Gratis-Museums-eintritt ist ein weiterer kulturpolitischer Meilenstein: Ab 1. Jänner 2010 ist der Besuch unserer Bundesmuseen und der Nationalbibliothek für alle Kinder und Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr kostenlos. ♦

## VERKEHR, INFRASTRUKTUR, TECHNOLOGIE

## „Die Zukunft erfolgreich gestalten“

Doris Bures zieht Bilanz über ihr erstes Jahr als Infrastrukturministerin und gibt einen Ausblick auf ihre Pläne.

*SPÖ Aktuell: Am 2. Dezember 2008 wurden Sie in das Amt der Infrastrukturministerin berufen. Wie bewerten Sie dieses Jahr?*

**Doris Bures:** Der Antritt der Regierung stand eindeutig im Zeichen der Krisenbekämpfung. Und hier ist meinem Ressort eine bedeutende Rolle zugekommen: Wir investieren in Schiene und Straße so viel wie nie zuvor in der Zweiten Republik. Damit haben wir der Wirtschaftsflaute aktiv gegengesteuert und Beschäftigung für mehr als 50.000 Menschen geschaffen und gesichert.

*Glauben Sie, dass die Konjunkturprogramme tatsächlich gewirkt haben?*

**Bures:** Absolut. Österreich hat die Krise im Vergleich zu vielen anderen Ländern sehr gut abgefangen. Aber mindestens genau so wichtig ist, dass wir mit diesen Rekordsummen Österreichs Schienennetz auf den Stand des 21. Jahrhunderts bringen und Lücken im Straßennetz



Infrastrukturministerin Doris Bures

schließen. Und der Ausbau der Bahn ist natürlich auch ein sehr wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

*Ein Thema, mit dem Sie heuer sehr präsent waren und sind, ist die Verkehrssicherheit.*

**Bures:** Das ist richtig, weil es mir ein wirklich großes Anliegen ist. Jeder Verkehrs-

tote bedeutet unheimlich großes menschliches Leid – und es ist unsere Pflicht, alles zu tun, das zu verhindern. Wir haben daher auch mit unserem Verkehrssicherheitspaket mit der Erhöhung der Strafen klar gemacht, dass Alkohol am Steuer und Rasen keine Kavaliersdelikte sind. Und wir wollen, z.B. mit der Verkehrssicherheitskampagne gegen Alkohol am Steuer, das Bewusstsein für die größten Gefahren im Straßenverkehr schärfen.

*Und was werden die Schwerpunkte der kommenden Monate sein?*

**Bures:** Das wird sicher der Bereich Forschung und Entwicklung sein. Wir wollen die Innovationsleistung des Standorts Österreich weiter steigern. Das ist das richtige Instrument, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten und im internationalen Vergleich vorne dabei zu sein. Die Forschungsinvestitionen von heute sind die hochwertigen Arbeitsplätze von morgen. ♦

## GESUNDHEIT

## „Das Wohl des Menschen steht im Zentrum“

Gesundheitsminister Alois Stöger über Erfolge und Ziele seiner Ressorttätigkeit.

*SPÖ Aktuell: Herr Minister Stöger, ein Jahr „Regierung Faymann“ – wie sieht die Bilanz als Gesundheitsminister aus?*

**Alois Stöger:** Mit dem Sanierungspaket für die Krankenkassen ist der Startschuss für eine nachhaltige Absicherung des Gesundheitssystems gelungen. Die Krankenversicherung erhält Geld, um sich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können. Gleichzeitig wird es bei Kassen und Ärzten Maßnahmen zur Kostendämpfung geben. Trotz Krise ist dadurch klargestellt: Niemand braucht sich zu sorgen, dass Gesundheitsleistungen gekürzt werden.

*Der zweite „Brocken“ neben der Kassensanierung war die Neue Grippe.*

**Stöger:** Dabei ging es vor allem darum, den richtigen Weg zwischen Verharmlosung und Hysterie zu finden. Ich meine, auch hier ist es gelungen, den Menschen Sicherheit zu geben. Ich habe mich darum gekümmert, dass Österreich bestens vorbereitet ist. Es gibt – im Gegensatz zu anderen Län-



Gesundheitsminister Alois Stöger

dern – genügend Impfstoff für die Bevölkerung und im Krankheitsfall sind die Patienten dank des hervorragenden Gesundheitssystems gut versorgt.

*Welche Themen haben Sie im Jahr 2009 noch beschäftigt?*

**Stöger:** Sicher das Thema Gesundheits-

vorsorge. Ich will auf das Umfeld der Menschen positiv einwirken – im Betrieb, in der Schule, in der Wohngemeinde. Deshalb habe ich strengere Grenzwerte der gefährlichen Transfette in Lebensmitteln verordnet, einen Nationalen Aktionsplan für Ernährung in Auftrag gegeben oder das Weiterbestehen des österreichischen Anbauverbots für gentechnisch veränderten Mais auf EU-Ebene erkämpft. Wenn wir Menschen zu einem gesünderen Lebensstil motivieren wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die gesunde Wahl die leichtere ist.

*Und welche Ziele haben Sie sich für das nächste Jahr gesetzt?*

**Stöger:** Die nachhaltige Finanzierung des Gesundheitssystems ist auch künftig eine zentrale Herausforderung, die Umsetzung des Kassensanierungspakets steht deshalb nach wie vor auf der Tagesordnung. Im Zentrum jeglicher Überlegungen muss jedenfalls das Wohl der Patientinnen und Patienten stehen. ♦

## FRAUEN

## „Werde nicht locker lassen“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu einkommensabhängigem Kindergeld und dem Ziel der Gleichstellung am Arbeitsmarkt.

*SPÖ Aktuell: Frau Bundesministerin, im Frauenbereich ist in diesem Jahr einiges weiter gegangen. Welche der Maßnahmen sind Ihnen besonders wichtig?*

**Gabriele Heinisch-Hosek:** Wenn ich mir vor Augen halte, dass 9.000 kleine Kinder neu in einer Kinderkrippe oder in einem Kindergarten aufgenommen werden konnten, dann weiß ich, dass wir für viele Mütter und Väter den Alltag erleichtern. Auch der Gratis-Kindergarten für die 5-Jährigen entlastet die Budgets der Familien deutlich. Und jetzt, wo ab Jänner 2010 das einkommensabhängige Kindergeld als neue Variante gewählt werden kann, erwarte ich mir, dass Frauen schneller wieder in den Beruf einsteigen und Männer den finanziellen Anreiz nutzen, um zuhause bei ihrem Kind zu bleiben. Besonders wichtig ist mir, dass armutsgefährdete Alleinerziehende erstmals das Kindergeld um zwei Monate länger beziehen können. Das wird den



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Alltag von Alleinerziehenden deutlich erleichtern.

*Was steht jetzt als nächstes an?*

**Heinisch-Hosek:** Jetzt müssen wir das Thema Gleichstellung von Frauen am Ar-

beitsmarkt angehen. Es geht dabei um eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Wenn es gelingt, dass mehr Frauen Vollzeit arbeiten und mehr Frauen in Führungspositionen sind, dann wird Österreich ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum haben.

*Von Gleichstellung ist seit 30 Jahren die Rede. Wie wollen Sie konkret vorgehen?*

**Heinisch-Hosek:** Als ersten Schritt muss es gelingen, dass Frauen mit gleicher Qualifikation für den gleichen Job auch das Gleiche bezahlt bekommen. Ich werde in dieser Frage nicht locker lassen. Ich will, dass Unternehmen verpflichtet werden, durchschnittliche Frauen- und Männergehälter transparent zu machen. Wenn sich die Betriebe mit ihren durchschnittlichen Löhnen und Gehältern beschäftigen, dann wird sich sicher was zum Positiven verändern. ♦

## BUDGET UND FINANZEN

## „Chancen stehen so gut wie noch nie“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder über eine europäische Finanztransaktionssteuer und die Folgen der Krise.

*SPÖ Aktuell: Doppelbudget, Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete – das erste Regierungsjahr war sehr arbeitsintensiv. Was waren die wichtigsten Maßnahmen?*

**Andreas Schieder:** Der Kampf gegen die Krise hat das erste Regierungsjahr dominiert. Bei der Budgeterstellung standen Investitionen in Arbeitsplätze und die Stabilisierung der Wirtschaft im Vordergrund. Der zweite Schwerpunkt war die Beschränkung von Spekulation. Erreicht haben wir hier zum Beispiel die Abschaffung von bestimmten Steuerprivilegien für Manager, z.B. Stock Options. Gerade in diesem Bereich gibt es weiterhin viel zu tun und wir werden uns im nächsten Jahr darauf konzentrieren, strengere Regeln für die Finanzmärkte zu schaffen.

*Die aktuellen Wirtschaftsprognosen klingen positiv. Ist die Krise überwunden?*

**Schieder:** Die Krise ist erst vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit wieder sinkt. Es ist er-



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

freulich, wenn die Wirtschaftsprognosen wieder besser werden, aber die Folgen der Krise werden uns noch einige Monate beschäftigen. Die größte Herausforderung ist, zu verhindern, dass aus der Wirtschaftskrise eine soziale Krise wird.

Das heißt, wir werden weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik brauchen und müssen dafür sorgen, dass die sozialen Netze halten.

*Die SPÖ will eine europaweite Finanztransaktionssteuer forcieren, um die Kosten für die Krise zu bezahlen. Wie stehen die Chancen für eine Umsetzung?*

**Schieder:** Die Chancen stehen so gut wie noch nie. Immer mehr internationale Politiker und Wissenschaftler sind für eine Finanztransaktionssteuer. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme bringen. Für mich ist das auch eine Frage der Gerechtigkeit: Jene, die sich mit Spekulation in den letzten Jahren eine goldene Nase verdient haben, sollen jetzt auch einen Beitrag zur Bewältigung der Krisenfolgen leisten. Außerdem macht eine solche Steuer kurzfristige Spekulation unattraktiv und hilft, eine neue Krise zu verhindern. ♦

## REGIERUNGSKOORDINATION UND MEDIEN

## „Ergebnisse der Sacharbeit stehen im Vordergrund“

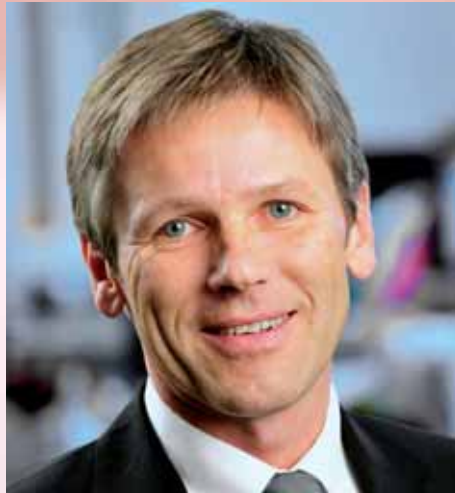
Josef Ostermayer, Regierungskoordinator und Staatssekretär für Medien spricht über die Koalition, die Medienförderung und über das neue ORF-Gesetz.

*SPÖ Aktuell: Sie arbeiten als Staatssekretär für Medien im Bundeskanzleramt und sind andererseits für die Koordinierung der Arbeit der Bundesregierung zuständig. Ihre Bilanz?*

**Josef Ostermayer:** Es ist gelungen, viele Steine aus dem Weg zu räumen. Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Themen, aber unsere Aufgabe ist es, die Arbeit der Regierung zu unterstützen. Deshalb stehen die Ergebnisse der Sacharbeit im Vordergrund.

*Wie ist Ihr Resümee in der Medienpolitik?*

**Ostermayer:** Wir konnten mehrere wichtige Fortschritte erreichen. Trotz der schwierigen Budgetlage ist es gelungen, die Presseförderung in vollem Umfang zu erhalten. Wir haben erstmals eine Medienförderung für private Rundfunkveranstalter ermöglicht, das sind insgesamt 30 Millionen Euro bis 2013. Damit sichern



Staatssekretär Josef Ostermayer

wir viele Arbeitsplätze in den derzeit sehr von der Wirtschaftskrise betroffenen Betrieben. Wir haben den Fernsehfonds Austria von 7,5 Millionen auf 13,5 Millionen aufgestockt. Zuletzt ist es gelungen, mit

Zimmer Wettbewerbskommissarin Kroes in Brüssel und dem Koalitionspartner beim Thema ORF eine Einigung zu erzielen.

*Der Entwurf für das neue ORF-Gesetz war ein großer Meilenstein, was sind die Auswirkungen dieses Gesetzes?*

**Ostermayer:** Ich gehe davon aus, dass der ORF damit gerettet ist und eine gesunde wirtschaftliche Basis bekommen hat. Das ist auch ein Verdienst der ORF-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter und des Betriebsrats, die der Geschäftsleitung massive Zugeständnisse machten. Ohne die im Gesetz vereinbarte Refundierung von Gebührenbefreiungen, die dem ORF seit 2001 versprochen wurde, hätte es zu weiteren gravierenden Einschnitten kommen müssen. Und zwar im Programm, beim Film- und Fernsehabonnement, beim Radio-Symphonie-Orchester, bei der Barrierefreiheit und hinsichtlich des Info- und Kulturprogramms. ♦

## VERTEIDIGUNG UND SPORT

## „290.000 Arbeitsstunden gegen das Hochwasser“

Norbert Darabos zieht eine erfolgreiche Bilanz über die vergangenen 12 Monate seiner Arbeit. Vom Katastrophenschutz bis zum Assistenzeinsatz an Österreichs Grenzen hat das Bundesheer hervorragende Arbeit geleistet.

*SPÖ Aktuell: Wie sieht Ihre persönliche Jahresbilanz aus?*

**Norbert Darabos:** Es war ein ereignisreiches Jahr mit großen Herausforderungen, wenn wir etwa an den großen Hochwasser-Einsatz denken, die Unfälle in Allentsteig oder auch die Doping-Ermittlungen und die Skandale im ÖOC. Ich bin aber stolz darauf, dass mein Ressort all diese Herausforderung gut bewältigt hat. Nebenbei wurden auch der Assistenzeinsatz an den Ostgrenzen und der Tschad-Einsatz erfolgreich durchgeführt.

*Sind Sie mit dem Erreichten zufrieden?*

**Darabos:** Als Minister kann ich nie ganz zufrieden sein, gemeinsam mit meinem Team haben wir uns noch viel Arbeit vorgenommen für Österreich. Aber die Bilanz für die vergangenen zwölf Monate kann sich sehen lassen. Wir haben 290.000 Arbeitsstunden gegen das Hochwasser ge-



Verteidigungsminister Norbert Darabos

leistet, engagiert für mehr Sicherheit im Assistenzeinsatz gearbeitet und den Tschad-Einsatz erfolgreich abgeschlossen. Dazu wurde mit der strafrechtlichen Verankerung des Sportbetrugs ein Meilenstein in der Anti-Doping-Politik gesetzt sowie das ÖOC auf neue Beine gestellt.

HBf/Wenzel Seit Jahrzehnten nahm das Bundesheer am Ulrichsbergtreffen teil, seit 2009 ist damit Schluss ...

**Darabos:** Das Österreichische Bundesheer wird die umstrittene Gedenkfeier am Kärntner Ulrichsberg nicht mehr unterstützen. Der Grund für diesen Schritt ist die ungenügende Abgrenzung zu NS-Gedankengut, unter anderem hat der Obmann der Ulrichsberggemeinschaft mit „Nazi-Andenken“ gehandelt. Außerdem wurden vier Heeresangehörige wegen des Verdachts auf Wiederbetätigung aus dem Dienst entlassen. Ich setze mich außerdem als Sozialdemokrat massiv für die Aufarbeitung der Geschichte des Bundesheeres ein. Unser Heer ist eine Institution des Friedens, des Schutzes der Demokratie und des Humanismus. Es kann kein Augenzwinkern mehr geben, ich möchte nicht, dass das Bundesheer auch nur in die Nähe von rechtem Gedankengut kommt. ♦

## QUERGESCHRIEBEN

# „Finanzielle, wirtschaftliche und soziale Katastrophe verhindert“

Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky zum Kabinett Werner Faymann I – Das erste Jahr.



Bundeskanzler Werner Faymann und Franz Vranitzky bei der Veranstaltung „ÖSTERREICH GEMEINSAM“

**„Der frischgebackene Kanzler hatte mehr oder weniger sofort nach Amtsantritt zwei Feuertaufen zu bestehen.“**

**B**ei Amtsantritt Werner Faymanns als Bundeskanzler Anfang Dezember 2008 herrschte in Österreich keine angenehme Atmosphäre für Regierende. Die Vorgängerregierung war weitestgehend abgestempelt als eine Mannschaft, die stritt

und deren Mitglieder sich gegenseitig blockierten. Wie immer in solchen Fällen weist die veröffentlichte Meinung die Schuld daran gleichermaßen beiden zu, obwohl die hauptsächlichen Blockierer, allen voran Wilhelm Molterer, in den Reihen der ÖVP zu finden waren. „Es reicht“-Molterer brach in einem Parforceritt die Koalition und mitten in der laufenden Gesetzgebungsperiode eine Nationalratswahl vom Zaun, die er prompt verlor. Die zornige Reaktion seiner Partei hieß Josef Pröll und die Demontage des Schlüssel-Lagers.

Da auch unsere Partei alarmierend schlechte Umfragewerte hatte, vollzog sie nach einigem Hin und Her ebenfalls einen personellen Wechsel in der Parteiführung. Werner Faymann folgte Alfred Gusenbauer nach und führte die SPÖ auf den Spitzenplatz in der Nationalratswahl 2008 und konnte so auch die Nachfolge Gusenbauers als Bundeskanzler antreten.

Der frischgebackene Kanzler hatte mehr oder weniger sofort nach Amtsantritt zwei Feuertaufen zu bestehen. Erstens: einer misstrauisch und wenig vertrauensvoll gewor-



Henisch

Von Franz Vranitzky, ehem. SPÖ-Bundespartei-Vorsitzender und Bundeskanzler a.D.

denen Öffentlichkeit zu belegen, dass es bei gutem Willen und mit Entschlossenheit sehr wohl gelingen kann, eine funktionsfähige Bundesregierung zu bilden, auch wenn wieder in Form der viel gelästerten großen Koalition. Faymann musste sich danach sagen lassen, er fährt einen Kuschelkurs. Nach den quälenden Streitereien in der Vorgängerregierung wollte er eben für Harmonie zwischen den Regierungsparteien und für deren Zusammenarbeit stehen.

Zweitens: Die Amtsübernahme des Kabinetts Faymann I. erfolgte praktisch zeitgleich mit den ersten größeren Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – in ihrer Wucht und Zerstörungskraft die größte in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Sehr rasch und entschlossen schnürte die Regierung Faymann geeignete Maßnahmenpakete zur Absicherung der österreichischen Banken und zum Auffangen konjunktureller Abstürze. Da die krisenhaften Entwicklungen nicht nur in Österreich, sondern in so gut wie allen europäischen Staaten auftraten, wurden die verschiedenen Vorkehrungen auf Ebene der Europäischen Union abgestimmt.

## Viele Vorhaben umgesetzt

Der Bundeskanzler konnte also mit seinem Regierungsteam eine finanzielle, eine wirtschaftliche und somit auch eine soziale Katastrophe verhindern. Die österreichische Wirtschaft wird zwar im Jahr 2009 real schrumpfen und die Arbeitslosigkeit wird empfindlich hoch bleiben. Trotzdem kann man festhalten, dass es gelungen ist, den möglichen Schaden in Grenzen und die sozialen Netze fest gespannt zu halten.

Die Regierung Faymann erledigte bereits im ersten Arbeitsjahr eine nicht unbeträchtliche Anzahl ihrer Vorhaben. Einige seien herausgegriffen:

- » Neuregelung des Kindergeldes (Wahlmöglichkeit aus fünf Bezugsvarianten)
- » Kindergartenpflicht für Kinder mit fünf Jahren. Das letzte Kindergartenjahr ist künftig gratis.
- » Teilentschuldung der Krankenkassen
- » Die Neue Mittelschule findet großen Anklang. Außerdem: Beschluss über die teilzentrale Matura (gegen erheblichen Widerstand der AHS-Lehrergewerkschaft).

- » Mindestsicherung
- » Wichtige gesetzliche Neuregelungen für den ORF u.a.m.

Aus dem alles in allem positiv absolvierten ersten Faymann-Jahr können und sollen Kraft und Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit gewonnen werden. Das gilt für die Bundesregierung im Allgemeinen, für ihre sozialdemokratischen Mitglieder im Besonderen und für die SPÖ insgesamt. Und Kraft und Vertrauen werden für die nächsten Jahre notwendig, ja unverzichtbar, sein. Zumindest aus zweierlei Gründen.

Erstens: Die Liste der im (fast vierjährigen) Rest der Gesetzgebungsperiode zu erledigenden politischen Aufgaben ist länger und weit inhaltsschwerer als das bisher Abgehackte (Staatsfinanzen, Verwaltungsre-

**„Man kann festhalten, dass es gelungen ist, den möglichen Schaden in Grenzen und die sozialen Netze fest gespannt zu halten.“**

form, Bildung, Forschung, Infrastruktur – zusätzlich zu Wachstums- und Beschäftigungspolitik).

Zweitens: Nach den zum Teil erschreckenden Stimmenverlusten der Sozialdemokraten bei diversen Wahlgängen im zurückliegenden Jahr ist ein konzentriertes Auftrainieren für das Wahljahr 2010 mehr als angezeigt. Ich halte das nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Einige Anmerkungen dazu, weil es in der derzeitigen Situation ja frivol wäre, uns gegenseitig ein paar Jubelparolen zuzurufen und so zu tun, als wäre das schon überzeugende Politik.

Die Bundesgeschäftsführung hat eine programmatische Arbeit eingeleitet. Das ist gut und richtig und muss in der selbstbewussten Gegenanzeige an die öde konservative Leier resultieren, die Sozialdemokratie hätte historisch alle ihre Forderungen durchgesetzt und hätte nun keine Rolle mehr zu spielen.

Eine andere, stets wiederkehrende Leier heißt „die Sozialdemokratie ist personell ausgelaut“. Ich widerspreche dem entschieden. Nachwuchs – Frauen und Männer – findet man immer, allerdings nur dann nicht, wenn man ihn nicht sucht.

Verfolgung der Interessen der sozial Schwachen und der Unterprivilegierten: Ich bekenne mich selbstverständlich voll dazu. Diese Aufgabe ist aber nicht unsere einzige, weil es nicht nur sozial Schwache und Unterprivilegierte gibt, sondern auch leistungsstarke und leistungsbereite Bürgerinnen und Bürger im Land. Unser Vokabular darf daher nicht notorisch bei den Ängsten der Menschen enden, derer wir uns annehmen, sondern muss offensiv auch die Chancen beinhalten, die wir für alle – die Bedrängten und die Nicht-Bedrängten – sehen. In einem verwandten Zusammenhang heißt das, unsere Aufmerksamkeit ist nicht nur den Leistungsbeziehern zu widmen, sondern gleichermaßen den Leistungserbringern. Gelingt uns das, gelingt uns viel. Denn damit sind wir die Partei, der man Wirtschaftskompetenz nicht absprechen kann und damit sind wir die Partei, die für das Auseinanderdividieren der gesellschaftlichen Gruppen nicht zu haben ist. Im übrigen haben wir es nicht nötig, wegen unserer sozialen Kompetenz von den Konservativen als „notorisch Gramgebeugte“ verunglimpft zu werden. Sozialdemokratische Politik hat immer die Balance, den Ausgleich zwischen den Kräften in einer Gesellschaft herzustellen (jung/alt, unselbstständig/Erwerbstätige/Selbstständige usw.). Willy Brandt ließ sich immer vom „sowohl als auch“ leiten und Sigmar Gabriel sagte unlängst beim SPD-Parteitag: „Nur aus dem Stolz über das, was man erreicht hat, erwächst die innere Kraft, sich zu dem zu bekennen, was man verändern will“.

Werner Faymann plädierte zuletzt bei einem Landesparteitag für Solidarität in der Partei. Das sollte so eigentlich nicht notwendig sein, aber bitte. Er hat natürlich recht. Solidarität ist nicht nur ein Wert an sich, sondern prägt auch das Erscheinungsbild der Bewegung. Hält man das ein, ist man stark und nicht schwach. Wenn also die eigene Fraktion in einem Untersuchungsausschuss über Wochen eine bestimmte Position einnimmt und gegen Ende der Ausschusstätigkeit die Bundesgeschäftsführung das Gegenteil ausgibt, dann ist das vielleicht für etwas gut, fürs Erscheinungsbild (Solidarität) jedenfalls nicht ...

Also viel Arbeit für Faymann I im Jahr 2. Die Chancen sind intakt. Nützen müssen wir sie selber. Und zwar offensiv. ♦

## PARLAMENT

# U-Ausschuss erfolgreich wie noch nie!

Was ist los im Hohen Haus? Wird aus Machtinteresse zugeschüttet, zugedeckt, Aufklärung verhindert und der Untersuchungsausschuss – immerhin das wichtigste Kontrollinstrument des Parlaments – von der Mehrheit abgedreht? Nichts von allem ist der Fall!

**I**m Mittelpunkt der Untersuchungen des U-Ausschusses standen die Fragen, ob in den letzten drei Jahren Mandatarinnen und Mandatare vom kasachischen Geheimdienst beeinflusst wurden, selbst Bespitzelungen in Auftrag gegeben haben, und ob die parlamentarische Immunität von den Strafverfolgungsbehörden ignoriert wird und daher Ermittlungshandlungen gegen einen Abgeordneten zu Unrecht erfolgten.

Beim BZÖ-Abgeordneten Westenthaler wurde nach einem Bluff seinerseits eine Rufdatenrücksicherung vorgenommen, da dieser Anzeige erstattet hatte und die Staatsanwaltschaft der Sache auf den Grund gehen wollte. Grünen-Abgeordneter Öllinger soll von einem Polizisten, den er angeblich dazu angestiftet hat, illegal mit Daten über die FPÖ versorgt worden sein. Und FPÖ-Abgeordneter Vilimsky sah sich wiederum mit dem Vorwurf konfrontiert,



**SPÖ-Klubobmann Josef Cap: Unverhältnismäßige Ermittlungsmaßnahmen, aber keinerlei Hinweise auf Ministerverfehlungen.**

vom kasachischen Geheimdienst beeinflusst worden zu sein und mittels parlamentarischer Anfragen versucht zu haben, Druck auf die Behörden zu erzeugen.

Der U-Ausschuss brachte ein eindeutiges und klares Bild der Überforderung der Staatsanwaltschaft zutage, die mit der letzten Novelle zur Strafprozessordnung nicht zu Rande kommt.

## Sachlichkeit schlug ins Gegenteil um

Die anfängliche Sachlichkeit der Untersuchungen schlug jedoch schnell ins Gegenteil um, als sich FPÖ und Grüne – unter der Schadenfreude des BZÖ – wechselseitig beschuldigten, den jeweils anderen ausgespioniert zu haben. Es zeigte sich auch bald, dass die Objektivität dahin ist, wenn Betroffene selbst Mitglieder eines U-Ausschusses sind. Westenthaler, Pilz, Stadler, Graf und Vilimsky sind Gegenstand von Akten in laufenden oder ehemaligen Verfahren – und sie sind zugleich Mitglieder des U-Ausschusses!

**R**igaud Die Opposition zog es nun vor, eine Show abzuziehen, um die mediale Aufmerksamkeit auf Dinge zu lenken, die nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun haben und bereits in vorangegangenen U-Ausschüssen behandelt wurden. Damit nicht genug: FPÖ, Grüne und das BZÖ entschlossen sich, die Regierung zu erpressen: Man werde bis Ende März 2010 Zweidrittel-Materien im Parlament blockieren, sollten SPÖ und ÖVP im U-Ausschuss nicht einlenken und der Ladung von zuständigen (Ex)Ministern zustimmen.

Die SPÖ bekenne sich uneingeschränkt zu den demokratischen Grundsätzen unserer Republik, so der Fraktionsführer im U-Ausschuss Otto Pendl: „Wir werden den U-Ausschuss jedoch sicherlich nicht zur Personality-Polit-Show einzelner Abgeordneter verkommen lassen. Dafür ist er zu wichtig.“

Trotzdem, in der ersten Hälfte war der Ausschuss sehr produktiv. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer stellt fest: „So effizient, wie dieser U-Ausschuss ist, war schon lange keiner mehr!“ Eine Meinung, die Prammer mit SPÖ-Klubobmann Josef Cap teilt: „Der Ausschuss hat aufgezeigt, dass es unverhältnismäßige Ermittlungsmaßnahmen gegeben hat, Abgeordnete nicht über geheimdienstliche Ermittlungen informiert wurden, es zu Falschinterpretationen der Immunitätsbestimmungen durch die Staatsanwaltschaft gekommen ist und es inakzeptable Nebenbeschäftigungen von Exekutivbeamten gibt. Der U-Ausschuss ergab hingegen keinerlei Hinweise auf Ministerverfehlungen.“

Pendl verweist zudem auf die Handlungsaufträge an die Politik, die sich aus dem U-Ausschuss bisher ergeben haben: „Diese umzusetzen ist die Herausforderung und nicht die Ladung von Ministern.“ ♦

## ZUM THEMA

### Politische Handlungsaufträge

Nachdem auf Initiative der SPÖ bereits ein Entschließungsantrag zur Evaluierung der Strafprozessordnung beschlossen wurde, bedarf es noch weiterer wichtiger Punkte:

- » Schaffung von klaren Regelungen für Nebenbeschäftigungen von Polizisten
- » Neue Form der parlamentarischen Kontrolle für die Staatsanwaltschaft
- » Verstärkte Bekämpfung des Rechtsextremismus – insbesondere im Internet
- » Klarstellung der Rechte von Zeugen
- » Schriftliche Festlegung von Ermittlungsaufträgen

## ORF-PUBLIKUMSRAT

# Mitwählen heißt mitbestimmen

Vom 26. Jänner bis 1. Februar 2010 haben die Zuseherinnen und Zuseher die Möglichkeit, durch ihre Stimme bei der Publikumsratswahl den ORF mit zu gestalten.



**Jugend:**  
Corina Korner



**Bildung:**  
Marika Lichter



**Eltern und Familie:**  
Siegfried Meryn



**Ältere Menschen:**  
Beppo Mauhart



**Sport:**  
Peter Pacult



**Konsumenten:**  
Daniela Zimmer



**Der ORF-Publikumsrat hat ein entscheidendes Mitspracherecht.**

Im Jänner 2010 geht's um die Interessen der Hörer und Seher im größten österreichischen Medienunternehmen: Marika Lichter, Peter Pacult, Beppo Mauhart, sind einige jener prominenten Kandidaten, die sich für mehr Qualität auf dem Bildschirm stark machen. Die Wahl zum Publikumsrat findet vom 26. Jänner bis 1. Februar 2010 statt. „Beim Publikumsrat steht die SPÖ klar auf der Seite der Zuseher und ihrer Mitbestimmungsmöglichkeit im rotweißroten Medienunternehmen ORF“, betont Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. „Die Wahl zum Publikumsrat ist ein wesentliches Element der Kundenmitbestimmung im ORF – daher werben wir für eine rege Beteiligung an dieser Wahl. Und wir unterstützen natürlich jene sechs Kandidaten, die

sich im Interesse der Hörer und Seher glaubwürdig und mit Freude engagieren!“

## Mitbestimmen – wie geht das?

Sechs Mitglieder des 35-köpfigen ORF-Publikumsrats werden alle vier Jahre von den ORF-Kunden demokratisch gewählt. Von diesen sechs werden drei in den ORF-Stiftungsrat entsandt. In diesen beiden Gremien vertreten die Publikumsräte dann ausschließlich die Interessen der Zuhörer und Zuschauer.

Wie heißen die profilierten Kandidaten für die nächste Wahl im Jänner 2010? Marika Lichter, Dancing-Star und Sozial-Aktivistin (Kategorie Bildung), Peter Pacult, Sportlegende und Erfolgstrainer (Sport), Beppo Mauhart, Ex-Fußballpräsident,

Unternehmenslenker und Zeitzeuge (Ältere Menschen) sowie Corina Korner (Jugend), Daniela Zimmer (Konsumenten) und der bekannte Arzt Siegfried Meryn (Eltern und Familie).

Wahlberechtigt sind alle Personen, die als Rundfunkteilnehmer erfasst sind. Wichtig: Das Wahlformular muss innerhalb der Wahlfrist (26.1. – 1.2.2010) gefaxt werden. Ein solches Formular kann man im Internet unter [www.orf-publikumsrat.at](http://www.orf-publikumsrat.at) finden und ausdrucken. Die Wahlberechtigten müssen ihre Teilnehmernummer, Vor- und Zuname sowie Geburtsdatum selbst eintragen und unterschreiben. Die 10-stellige Teilnehmernummer findet sich auf der Gebührenrechnung, dem Kontoauszug oder ist über die ORF-Service Hotline (0800 212 012) zu erfragen. Zusätzlicher Service: Das Formular kann ohne Postgebühren an die SPÖ (Adresse: SPÖ Direkt, Löwelstraße 18, 1014 Wien) geschickt werden. Es wird dann an den ORF weitergeleitet. ♦

## INFO

### SERVICE ZUR WAHL

Unter [www.orf-publikumsrat.at](http://www.orf-publikumsrat.at) finden Sie alle Infos zur Publikumswahl des ORF und können auch ein Formular herunterladen. Dort die persönlichen Daten ergänzen und einfach an die SPÖ (SPÖ Direkt, Löwelstraße 18, 1014 Wien) schicken.

Wer seine Teilnehmernummer nicht parat hat: Diese kann man über die Publikumsratswahl-Service-Hotline 0800 212 012 (gebührenfrei) Montag – Freitag 8:00 – 21:00 Uhr, Samstag 9:00 – 17:00 Uhr erfragen.

# Wie viel **profil** hat Ihre Vignette?



Zusätzlich zu Ihrem Vignetten-Abo erhalten Sie Ihren profil-CD-Halter für die Sonnenblende. So sind Ihre Lieblings-CDs immer griffbereit!

Um **154,90** Vignette '10 holen und 1 Jahr\* profil schon am Sonntag per Hauszustellung\*\* zum Frühstück lesen.

**Dieses und noch mehr Vignettenangebote bekommen Sie unter 01/95 55-100 oder [news.at/vignette](http://news.at/vignette)**

\* Wenn ich mich nicht bis zum 49. Heft schriftlich melde, möchte ich profil zu den jeweils gültigen Bedingungen für Jahresabonnenten weiterbeziehen. Die Zusendung der Vignette erfolgt ab 1. Dezember 2009 eingeschrieben per Post (zzgl. 5,50 Euro Versandkosten) und solange der Vorrat reicht. Zahlungsart Erlagschein: 0,90 Euro Bearbeitungsgebühr. Die Einnahmen der Vignette in Österreich werden zu 100 % für den Autobahnbau verwendet. CDs nicht inkludiert. \*\* Sollte die Hauszustellung an Ihre Adresse nicht möglich sein, erhalten Sie Ihr profil am Montag per Post.

**Vignette + Abo jetzt auch österreichweit in allen Trafiken!**



## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag<sup>a</sup>. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag<sup>a</sup>. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag<sup>a</sup>. Andrea Schmidt, Susanne Vockenhuber  
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: [spoe.aktuell@spoe.at](mailto:spoe.aktuell@spoe.at), Homepage: [www.spoe.at](http://www.spoe.at)